

...dieses die nicht als bloßer in das Ermessen be

Unterrichtsverwaltung, in der bei einem Wechsel des Systems oder der Personen hinsichtlich der Erhöhung der Fähigkeiten, Befähigungen und Wichtigen der Professoren sehr verschiedene Standpunkte zur Geltung gelangen können. Die Unabhängigkeit des Professors von wechselnden Systemen und Personen ist aber nicht minder wichtig als die des Richters. Wir verkennen nicht, daß das gegenwärtige Donatorwesen zu manchen Mißständen geführt hat und in manchen Beziehungen der Reform bedarf. Nicht aber halten wir es für eine von der Gerechtigkeit oder Zweckmäßigkeit gebotene Maßregel, daß ein großer Theil der von den Professoren erarbeiteten Einkünfte in einen Dispositionsfonds fließt. Damit würde ein Fonds für persönliche Ausgaben von einer im preussischen Etat außergewöhnlichen Größe der Unterrichtsverwaltung zur Verfügung gestellt. Die Bedenken gegen Aufbringung und Verwertung dieses Fonds werden nicht gemindert durch die in einer Anmerkung des Entwurfs (Anlagen Bd. 2, Nr. 14, S. 134) ausgesprochene Absicht, die den Betrag von 185 000 Mk. übersteigenden Abzüge von den Honoraren zur Erhöhung des Durchschnittsbetrags der Professorenbesoldungen zu verwenden. Denn diese Erhöhung soll nur stattfinden, „wenn es nicht außer Zweifel ist, daß dazu kein Bedürfnis besteht“ — also wiederum nach dem Ermessen der Unterrichtsverwaltung. Weder Gründe der Gerechtigkeit noch der Zweckmäßigkeit vermögen wir sodann aufzufinden, welche die Verschiedenheiten in der Behandlung Berlins und der andern Universitäten veranlassen könnten. Wie bei Erlassung unserer jetzigen Universitäts-Statuten durch Sr. Majestät den hochseligen König Friedrich Wilhelm III. das Gutachten der Universität eingeholt wurde, so dürfen wir auch bei einer Aenderung, die so tief in konzipirte Verhältnisse einschneidet, vorherige Anhörung der zur Vertretung der Universität statutarisch berufenen Organe erwarten. Der Vertrauensmann, den die Universität Bonn auf Wunsch der Unterrichtsverwaltung zur Vorbereitung von Aenderungen in den Honorarverhältnissen gewählt hatte, war nicht in der Lage, uns über den jetzt vorliegenden Entwurf zu unterrichten. Die erste Kunde von dem Inhalt des Reformprojectes ist uns durch die Zeitungen und eine sichere Kunde erst durch den Staatshaushalts-Etat geworden. Da wir die Vorforschung haben, daß die beabsichtigten Aenderungen nicht ohne schädigenden Einfluß bleiben werden auf die deutsche Eigenart der preussischen Universitäten — eine Eigenart, um die uns das Ausland stets beneidet hat —, und da wir bis jetzt keine Gelegenheit hatten, unsere Meinung zum Ausdruck zu bringen, so halten wir es für unsere Pflicht, ein Recht auszuüben, das uns der Artikel 32 der Verfassungsurkunde giebt. Dem hohen Hause der Abgeordneten erlauben wir uns die Bitte zu unterbreiten, es möge demselben gefallen, dem von der königlichen Staatsregierung vorgelegten Etatentwurf, insofern er die Einkommensverhältnisse der Professoren abweichend von dem bisherigen Rechte normirt, die Zustimmung zu verlagern.



